



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/31 - 6.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Nach dem Dulles-Besuch	S. 1
Cliquen-Kämpfe in Spanien	S. 3
Dänen statt Norweger in Schleswig-Holstein	S. 5
Ruhrkapital und Neonazis	S. 7

Überlegungen - auch für Washington

P.R. Die wichtigsten Stationen seines Europa-Trips hat der amerikanische Aussenminister hinter sich gebracht. Will man sich in aller Kürze ein Bild von den bisherigen Ergebnissen machen, so wird man die Reise als Ganzes betrachten müssen. Und für das Gesamturteil ist wohl richtig, was der "Economist" schrieb, es würde ein Irrtum sein, e i n e m Gespräch eine allzu grosse Bedeutung beizumessen. Es gäbe keinen vernünftigen Grund, anzunehmen, dass die amerikanische Aussenpolitik unter Eisenhower und Dulles weniger fest und dauerhaft an Europa interessiert sei, als die Regierung Truman-Acheson.

Das politische Klima war in den verschiedenen Hauptstädten recht unterschiedlich. In Rom und Paris gedämpft-freundlich, in der französischen Metropole mit einigen kleinen Schauern untermischt, in London ausgesprochen kühl, in Bonn trotz küsserlichem Schneegestöber so herzlich wie nirgends - was die Bundesregierung anbelangt. Dr. Adenauer war der Gesprächspartner in Europa, mit dem von vornherein eine völlige Übereinstimmung bestand. Er hatte ja schon vor dem Besuch nicht etwa angedeutet, dass er dem hohen amerikanischen Gast irgendwelche Wünsche oder Empfehlungen unterbreiten werde, er hatte nur der Hoffnung den Ausdruck gegeben, Foster Dulles werde die Opposition sozusagen zur Raison bringen. Der amerikanische Aussenminister selbst hat das nicht für seine Aufgabe angesehen, er hat sich informiert und seinen eigenen Standpunkt dargelegt, nichts sonst.

Die sozialdemokratischen Vertreter haben ihrerseits den EVG-Vertrag und den Generalvertrag in ihrer bisherigen Form abgelehnt und ihre eigenen konkreten Vorstellungen über das entwickelt, was an ihre Stelle treten müsste, wenn es, nach vorangegangener nochmaliger Erkundung, feststeht, dass es in absehbarer Zeit zu einem Vierer-Gespräch oder zu einer anderen Form

der Fühlungsnahme zwischen den vier Besatzungsmächten über die Deutschland-Frage nicht kommen kann.

- - Bei der Unterhaltung mit Mr. Dulles hat sich erwiesen, dass er die Dinge sehr viel weniger dogmatisch und realistischer sieht, als vielfach behauptet wurde. Im übrigen hat er allein in Deutschland ein solches Gespräch mit der Opposition geführt.

In den Kommentaren zu seinem Deutschlandaufenthalt ist vielfach der stärkste Nachdruck auf seine Feststellung von der Presse gelegt worden, n u r auf dem Wege über die EVG-Verträge könne "Europa zum unentbehrlichen Grundstein einer starken atlantischen Gemeinschaft" werden. Es war, nachdem die USA sich während zweier Jahre für diese Lösung eingesetzt haben, gewiss nicht anzunehmen, dass Mr. Dulles nach Europa kommen würde, um zu proklamieren, Washington halte von der EVG nichts mehr, oder dass er auch nur einigermaßen offen auf andere Möglichkeiten hinweisen würde. Aber es gilt auch heute noch die schon in den USA getroffene Feststellung von Dulles, wenn es keine Chance, zu einer effektiven Einigung zu kommen, gibt, und wenn im besonderen Frankreich, Deutschland und England ihre eigenen Wege gehen sollten, dann würde es sicher notwendig sein, "die eigene amerikanische Aussenpolitik in ihrem Verhältnis zu Westeuropa ein wenig zu überdenken" - "to give a little rethinking".

In vergrößernden Darstellungen wird daraus seitdem mit einer für die fanatischen Anhänger des EVG-Systems verständlichen Hartnäckigkeit der Schluss gezogen, diese Bemerkung sei die klare Warnung, die Amerikaner würden sich aus Europa zurückziehen, wenn man nicht endlich und schnellstens zur Ratifikation käme. Abgesehen davon, dass England ja gar nicht zu den EVG-Partnern gehört. Das ist Stimmungsmache, nichts anderes. Gerade auch nach dem Besuch von Dulles in Bonn kann man das sagen, wenn für die Amerikaner naturgemäss die EVG-Lösung die nächstliegende ist.

Der schon zitierte "Economist" schrieb, dass Hinweise auf einen möglichen Rückzug der Amerikaner aus Europa zumindest die britische Bereitschaft zu einer engen Mitarbeit in Europa, in eine britische Zurückhaltung verwandeln würde. Das Blatt erinnerte auch an die merkwürdige Logik, die darin liegen würde, den Neutralismus gegenüber der Sowjet-Union zu verdammen, selbst aber mit einer solchen Politik zu drohen, wenn nicht alles nach den eigenen Wünschen verläuft. Es wäre auch unlogisch, anzunehmen, dass die Republikaner, deren schwerster aussenpolitischer Vorwurf gegen die Demokraten war, dass diese eine Politik des Rückzugs aus China betrieben haben, nun ihrerseits das ungleich wichtige Objekt Europa in ihrer grossen Auseinandersetzung mit der Sowjet-Union sozusagen ohne zwingenden Grund aus der Hand geben werden. Sie können es sich nicht leisten.

Mr. Dulles wird mit vielen neuen Überlegungen, die an ihn im Laufe seiner Rundfahrt durch Westeuropa herangetragen worden sind, nach Washington zurückkehren. Das war ebenso der Sinn der Unternehmung, wie die präzise Klarlegung des eigenen Standpunktes. Es ist widersinnig, anzunehmen, er hätte die erste der beiden Aufgaben auf sich genommen, wenn er nicht von vornherein die Absicht gehabt hätte, sich über das, was er hörte, gründlichst mit seinem Präsidenten auszusprechen.

Kleine Krise hinter den Kulissen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Jede Diktatur hat ihre Krisen, die sich meist im Kampf verschiedener Cliques gegeneinander auszudrücken pflegt. Da im Bereich der totalitären Regierungsform offene Meinungsäusserungen ausgeschlossen sind, spielt sich der Kampf der Krisen meist auf der Hintertreppe der Verdächtigungen, der Denunzierungen und schliesslich der Verhaftungen ab. Östlich des Eisernen Vorhanges enden diese Art von Claquekämpfen seit bald zwei Jahrzehnten unvermeidlich mit der Entdeckung, dass Männer, die bis dahin das grösste Vertrauen als Politiker, Theoretiker, Wissenschaftler oder, neuerdings, Ärzte genossen, plötzlich als Spione irgendeiner fremden Grossmacht "entlarvt" werden.

Die spanische Diktatur allerdings geht andere Wege. Sie ist in Aufbau, grundsätzlicher Ausrichtung und polizeilicher Organisation unzweifelhaft viel schwächer als der kommunistische Totalitarismus. Trotz aller grosser Gesten und Reden, wenn es sich um Fragen der Weltpolitik handelt, ist Spanien zudem keine Grossmacht wie die Sowjetunion, sondern ganz einfach ein in der Wirtschaftsentwicklung des vorigen Jahrhunderts steckengebliebenes Land, dessen besitzende Klasse sich damit zufrieden gibt, ihre Privilegien zu wahren und in der herkömmlichen Weise fortzuwursteln, statt eine wie immer geartete Initiative zu ergreifen. Man entdeckt in Spanien keine Agenten des Auslandes, keine unwahrscheinlichen Verschwörungen und trotz allem Polizeiterror legen die Angeklagten in politischen Prozessen, die allerdings meist hinter verschlossenen Türen stattfinden, keine Bekenntnisse im Sowjetstil ab.

Aber Krisen gibt es dennoch von Zeit zu Zeit im morschen Gebäude dieser, auf einer längst überlebten nationalistischen Tradition aufgebauten, Diktatur. Die unbestreitbare politische Kunst des "Führers" des totalitären Spaniens besteht seit Beginn des Bürgerkrieges im Jahre 1936 darin, diese Krisensymptome zeitlich zu entdecken und ihrer teils durch direkte polizeiliche Unterdrückung und teils durch geschicktes Ausspielen der verschiedenen Cliques gegeneinander zu liquidieren. Es geht oft nicht um politische Meinungen, es geht

meist um Schwarzhandel, um Korruption in den Ministerien und um den Kampf derjenigen, die an der Quelle sitzen, mit denen, die gern an die Quelle der lukrativen Nebenverdienste herankommen möchten. Man muss wissen, wem man und wieviel man anbieten muss, um beispielsweise eine Einfuhrbewilligung für Mutterschrauben, Motorersatzteile, Medikamente oder sonstige in Spanien nicht oder unzureichend hergestellte Waren zu bekommen.

Jedermann weiss das in Madrid. Verboten bleibt es aber natürlich doch, und so gibt es immer von Zeit zu Zeit eine kleine Krise, einen kleinen Cliquenkampf, einige Verhaftungen und gelegentlich auch politische Verschiebungen. Derzeit handelt es sich um das Heeresministerium und das die Sozialversicherung betreuende Arbeitsministerium. Schiebungen und unrechtmässige Verwendung von Staatsgeldern wurden aufgedeckt. Der Arbeitsminister Girón verschwand eines Tages aus seinem Ministerium und versuchte im Freundeskreis durch Rundbriefe klarzulegen, dass ihn keine Schuld treffe. Man hat daraus eine Art Gegensatz monarchistischer und der Kreise der Staatspartei "Falange" zu konstruieren versucht. Das wäre aber den sogenannten monarchistischen Kreisen viel zu viel Bedeutung beigegeben. Die "Falange" andererseits ist nicht mit der einstigen NSDAP vergleichbar. Sie hat niemals numerische Bedeutung erlangt, dafür aber den weitverzeigten Apparat der sogenannten "vertikalen" Staatsgewerkschaften und die politische Verwaltung der Provinzen monopolisiert. Wenn auch die Aufdeckung einiger Korruptionsfälle einige dieser besoldeten politischen Funktionäre zu Fall bringen dürfte, am Aufbau des totalitären Staat es kann der "Führer" nichts ändern, ohne das Regime ernstlich in Gefahr zu bringen.

Die Aufdeckung der Korruptionsfälle ist aber, was bisher kaum erwähnt wurde, in erster Linie dem Finanzministerium zuzuschreiben. In Spanien ist nämlich die Finanzverwaltung in einer Weise zentralisiert, wie nirgends sonstwo in oder ausserhalb Europas. Selbst die Auszahlung der Löhnung an Soldaten, die Gehälter der Lehrer und die Kassen der Postämter sind in den Provinzen von den provinziellen Finanzämtern kontrolliert. Und der alte Apparat des Finanzministeriums ist der am wenigsten von der Staatspartei durchsetzte Verwaltungszweig. Wenn also der derzeitigen Krise in Madrid keine eigentlich politische Bedeutung zukommt, so bedeutet sie dennoch, dass viel, gar viel faul ist im Staate Spanien und die totalitäre "Falange" in der Staatsverwaltung selbst Feinde hat, die nicht ungern Fehler in der Kassenführung aufdecken.

Dänen statt Norweger in Schleswig-HolsteinVon unserem j.d.-Mitarbeiter in Kiel

Am 1. Mai läuft der Vertrag zwischen Norwegen und Grossbritannien über die Stationierung norwegischer Truppen in der Bundesrepublik ab. 4 000 norwegische Soldaten werden dann nach Norwegen zurückkehren. Sie waren bisher in Schleswig, einem der beiden Teile des Landes Schleswig-Holstein stationiert. Im September 1952 wandte sich die dänische Regierung, die in Itzehoe, im Landesteil Holstein, ein Kommando von 1 400 Soldaten unterhält, an das NATO-Oberkommando, das nach dem Abzug der Norweger entstehende Vakuum durch andere NATO-Truppen ausfüllen zu lassen. Als keine Antwort erfolgte, plante die dänische Regierung, in Schleswig-Holstein, d.h. auch im Landesteil Schleswig, in dem die dänische Minderheit ansässig ist, 4 000 dänische Soldaten zu stationieren. Damit könne gleichzeitig die vom NATO-Oberkommando geforderte 1 ½jährige Dienstzeit eingeführt werden. In Dänemark selbst war das bisher nicht möglich, da es an Unterbringungsmöglichkeiten für vermehrtes Truppenkontingent fehlte.

Die Meinung der Vernünftigen

In einer Sitzung des Aussenpolitischen Ausschusses des dänischen Reichstages haben sich die Sozialdemokraten und Radikal-Liberalen gegen eine Erweiterung des dänischen Kommandos in Deutschland auf 4 000 ausgesprochen. Der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, Staatsminister a.D. Hedtoft, erklärte, es sei ^{nicht} recht und billig, dänische Truppen auf deutschem Boden eine Lücke ausfüllen zu lassen, die durch den Abzug der Norweger aus Schleswig-Holstein entstehe. Hedtoft wies gleichzeitig auf die nationalen Gegensätze in Schleswig hin, die durch die Stationierung dänischer Truppen noch verschärft werden könnten. In ähnlichem Sinne äusserte sich der Sprecher der Radikal-Liberalen, Joergensen, der es als politisch ungünstig bezeichnete, dänische Truppen in Südschleswig unterbringen zu wollen.

Erstmalig nahm von deutscher Seite zur Frage der Erweiterung des dänischen Kommandos der sozialdemokratische Oppositionssprecher Dickmann im schleswig-holsteinischen Landtag Stellung. Sieben Jahre nach dem Kriege verstosse eine solche militärische Massnahme, deren Tendenz unverkennbar sei, gegen die guten Sitten. Sie würde die sich langsam anbahnende bessere Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark empfindlich stören. Seine Fraktion protestiere deswegen energisch gegen die Besetzung Südschleswigs mit dänischen Truppen. Dem Ministerpräsident

Lübke stellte Diekmann die Frage, ob tatsächlich dänische Truppen nördlich des Nord-Ostsee-Kanals stationiert werden sollten statt wie bisher nur im südlichen Holstein. Zur allgemeinen grossen Überraschung antwortete Lübke, ihm sei an einer Debatte im Landtag nichts gelegen. Er wolle unter "vier Augen" die Opposition informieren, obwohl in Dänemark die gleiche Frage durchaus in aller Öffentlichkeit behandelt worden ist.

Lübkes peinliche Situation

Weshalb nahm Lübke diese Haltung ein? Er gilt als Exponent einer forcierten Grenzlandpolitik gegen Dänemark, wobei die Betonung auf gegen liegt. Für die Unterbringung neuer dänischer Kontingente müssten zusätzlich Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen werden. Zum mindesten könnte über den durch den Abzug der Norweger freiwerdenden Raum nicht verfügt werden. Hierfür ist der "Beauftragte für die Unterbringung alliierter Streitkräfte in der Bundesrepublik", kurz Dienststelle Blank genannt, zuständig. Diese Unterkünfte können aber nur von den jeweiligen Länderregierungen im Einvernehmen mit ihren Landtagen der Dienststelle Blank zur Verfügung gestellt werden. Lübke aber hat ohne Wissen des Parlamentes und ohne vorherige Fühlungnahme mit der Opposition der Dienststelle Blank sein Einverständnis hierfür gegeben.

Lübke ist dadurch auch bei seinen eigenen Parteifreunden in eine denkbar peinliche Situation geraten. Einmal leben in Schleswig-Holstein noch immer über 110 000 Heimatvertriebene in Baracken. Allenthalben herrscht starker Wohnungsmangel, die Bautätigkeit ist im Verlaufe der letzten zwei Jahre stetig zurückgegangen. Das Freimachen von grossen Gebäudekomplexen oder die Erstellung neuer Kasernen auf Kosten des Steuerzahlers würde also Ministerpräsident Lübke politisch sehr stark belasten. Aber er hat seinem Parteifreund Adenauer, ohne dazu gezwungen zu sein, die Einwilligung dazu gegeben. Zum anderen ist Lübke nunmehr damit in direkten Gegensatz zu seiner bisherigen Grenzlandpolitik geraten. So erklärt sich sein Wunsch nach möglichst diskreter Behandlung der ganzen Frage.

Dänemarks Aussenminister Ole Björn Kraft vertritt die Auffassung, dass die Anwesenheit dänischer Truppen in Schleswig keine Reibereien mit der deutschen Bevölkerung zur Folge haben werde. Diese Auffassung wird von deutschen politischen Kreisen nicht geteilt, man ist eher geneigt, schon die Anregung als taktlos zu empfinden und von der Durchführung dringend abzuraten, nicht am wenigsten in Erinnerung an den Marsch dänischer Soldaten mit Musik und Fahnen durch die Stadt Schleswig - und an den Jubel der dortigen dänischen Bevölkerung. Das schafft nur böses Blut.

+ + +

Völlig durchsichtig

-x. Die Infiltration Rheinland-Westfalens, insbesondere der Schwerindustrie dieses Gebietes und der Freien Demokratischen Partei, durch Nationalsozialisten, ist nachgerade zum Gesprächsthema der Gegenwart geworden. Es ist bekannt, dass sich zurzeit die liberalen Kreise der FDP dieser Infiltration wegen Kopfschmerzen machen und versuchen, auch vor der Öffentlichkeit ihre leicht angebräunte Weste chemisch zu reinigen. Wer das bestreitet, kann es nur aus sehr durchsichtigen Gründen tun.

Da hat kürzlich die "Neue Presse" in Coburg auf diese Zustände aufmerksam gemacht. Und das sind schliesslich Zustände, die das ganze demokratische Leben der Bundesrepublik betreffen. Der Schnelldienst des Industrie-Instituts in Köln aber hat darauf sauer geantwortet und der Coburger Neuen Presse "tendenziöse" Absichten unterschoben. Der Schnelldienst will einfach nicht wahrhaben, was jedermann in Deutschland bekannt ist: dass die illegalen und demokratie-feindlichen Hilfstruppen, ja Vorläufer der Nazis, die Freikorps und Schwarze Reichswehr, in der finanziellen Unterstützung der rheinischen Schwerindustrie ihr Fundament hatten; dass der Nationalheld Schlageter hier sein Aktionsgebiet hatte, dass Heinrichsbauer, wie er selbst zugibt, von hier aus die nationalen Parteien, insbesondere die Nationalsozialisten, finanziell unterstützte. Wer erinnert sich nicht Fritz Thyssens Bekenntnis: Ich finanzierte Hitler! Und wer hat schliesslich nicht in der jüngsten Zeit das Untertauchen prominenter Nazis in guten Industriepositionen des Rheinlands mit Besorgnis verfolgt. Vom SS-General Lammerding über Achenbach bis Hans Fritsche tauchen sie alle wieder in den gleichen Kreisen der Schwerindustrie des Rheinlandes und zugleich auch als Grau-braune Eminenzen in "demokratischen" Parteien auf.

Wir wundern uns nicht mehr über Stellungnahmen des Deutschen Industrie-Institutes zu politischen Fragen. Vor den Wahlen scheint es uns besonders nützlich zu sein, über die Einstellung gewisser Kreise keinen Täuschungen zu unterliegen. Wir finden den Angriff des Schnelldienstes auf die "Coburger Neue Presse" sehr aufschlussreich und erfreulich durchsichtig. Der Klarheit seiner Einstellung und der von ihm vertretenen Kreise wird hoffentlich die Klarheit der Wählerentscheidung entsprechen.